

China Region Xinjiang (Uigurien) und Region Tibet (TAR)



CHINA:

Bevölkerung: 1'306'313'812 (Schätzung Juni 2005). Hunderttausende von Han-ChinesInnen werden jährlich systematisch in den Westregionen Chinas angesiedelt.

Ethnische Gruppen: 56 ethnische Minderheiten (ca. 8% der Bevölkerung) sind offiziell registriert. Die restlichen 92% sind Han. Angehörige von Minderheiten werden oft diskriminiert und weisen eine höhere Analphabetenrate und Arbeitslosenquote auf.

Verfassung: Angenommen am 4.12.1982. In der im 2004 vorgenommen vierten Verfassungsänderung wurde der Schutz der Menschenrechte durch den Staat erstmals festgesetzt.

Wehrdienst: Für Männer und Frauen zw. 18-22 Jahren für 2 Jahre obligatorisch. Keine Altersbeschränkung für freiwilligen Dienst (2004).

Währung: Chin. Renminbi Yuan (CNY) = 0.09964 Euro

Rohstoffe: Die chinesische Regierung sichert sich den Zugang zu Rohstoffen der Westregionen durch den seit 1999 vorangetriebenen «Entwicklungsplan für den Westen». Die Rohstoffe werden in den boomenden grossen Industriestädten Chinas benötigt. Die lokale Bevölkerung profitiert kaum von der wirtschaftlichen Erschliessung, die entstandenen Arbeitsplätze werden durch Han besetzt.

Politik: China ist ein äusserst repressiver Staat. Die Furcht um den Verlust der nationalen und territorialen Einheit prägt die Politik. Offiziell geniessen fünf Regionen Chinas – darunter Xinjiang und Tibet – «unter Führung des Zentralstaates» Autonomie. In der Praxis ist der Einfluss der kommunistischen Partei (KP) in den regionalen Strukturen sehr gross. Wichtige Regierungs-, Polizei- und Sicherheitsitze sind auch in den verschiedenen Landesregionen durch Parteimitglieder besetzt.

Religionen: Offiziell ist China atheistisch. Buddhismus, Daoismus, Islam, katholisches und protestantisches Christentum sind zwar erlaubt, jede Religionsgemeinschaft muss sich jedoch vor der Praktizierung staatlich registrieren lassen. AnhängerInnen von Falun Gong werden im Alltag stark diskriminiert, verfolgt oder jahrelang in Arbeitslager abgeschoben. Zahlreiche AnhängerInnen wurden in Polizeiverhören gefoltert, unzählige sind gestorben.

Parteien: Faktisch ist China ein Ein-Parteien-Staat. Die kommunistische Partei Chinas (KP) kontrolliert die in der politischen Konsultativkonferenz zusammengefassten acht «Oppositionsparteien».

Recht und Gerichtswesen: Laut chinesischer Verfassung ist das Gerichtswesen unabhängig. In der Praxis üben Partei- und Regierungsmitglieder sehr grossen Einfluss in den einzelnen Landesteilen aus und diktieren nicht selten die Urteile – insbesondere wenn politische Vergehen gegen die nationale Sicherheit vorliegen. Korruption und Ineffizienz beherrschen das System. In der Prozessführung gelten Geständnisse als grundlegende Beweismittel, was – trotz offiziellem Folterverbot – die Anwendung von Folter zur Erzwingung von Geständnissen fördert. Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen beruhen auf der Schwäche des Justizsystems. Die Todesstrafe ist bei mindestens 65 Delikten vorgesehen, darunter Verstösse gegen die Staatssicherheit. Amnesty International schätzt die Anzahl der Hinrichtungen im 2004 auf mindestens 3400.

Medizinische Lage: Die medizinische Versorgung ist heute vor allem in ländlichen Gebieten nicht mehr gesichert. Arzt- und Spitalbesuche sind für einen Grossteil der Bevölkerung zu teuer. Vor allem in ländlichen Gegenden fehlen oft die notwendigen Medikamente.

Menschenrechtssituation: Die zahlreichen staatlichen Menschenrechtsverletzungen werden mit Verweis auf separatistische oder staatsfeindliche Tendenzen legitimiert. Zehntausende von politischen und religiösen Gefangenen befinden sich in Gefängnissen oder Arbeitslagern. Die Zustände in den Arbeitslagern unterscheiden sich nicht wesentlich von denjenigen in den Gefängnissen. Immer wieder werden



Quelle: spiegel.de

Gefangene ohne Anklage bis zu mehrere Jahre lang festgehalten. VertreterInnen von internationalen Organisationen werden Kontrollbesuche verwehrt. Die Gefängnisse sind oft überfüllt und haben äusserst schlechte hygienische Anlagen. Politischen Gefangenen werden immer wieder Medikamente oder Lebensmittel vorenthalten, Besuche von Angehörigen oft unterbunden. Die illegale Ausreise aus China ist strafbar. Bei Vorliegen schwerwiegender Tatumstände kann dieses Delikt mit Gefängnis oder Busse bestraft werden. Frauen- und Menschenhandel ist ein grosses Problem. Bis 1991 war der Kauf von Frauen nicht strafbar.

Asylgesuche in der Schweiz: 70 Personen aus China (8 Geburten inkl.) haben im 2004 ein Asylgesuch gestellt. Im selben Jahr haben 43 Asyl erhalten (inkl. 9 Familienzusammenführungen), 168 erhielten einen negativen Entscheid, 25 einen NEE. 84 Personen erhielten eine vorläufige Aufnahme. In der Statistik wird nicht zwischen einzelnen Ethnien unterschieden.

XINJIANG (Uigurien):

Fläche: 1'646'800 km²

Bevölkerung: 20 Mio.

Ethnische Gruppen:

ca. 50% Han-ChinesInnen, 40% UigurInnen, 10% KasachInnen, KirgisInnen

Religion: Islam (UigurInnen), weitere

Sprache: Uigurisch, Chinesisch, Kirgisisch, Türkisch

Rohstoffe: Die Region weist hohe Gas- und Erdölvorkommen auf.

Politik: Trotz des offiziellen Status der Autonomie, regiert de facto die KP. Eine gewisse Anzahl Regierungsämter wird zwar durch Uiguren besetzt. Alle Kandidaten werden jedoch von der KP empfohlen und unterstützt.

Oppositionelle Gruppierungen: Gemäss chinesischem Sicherheitsministerium werden folgende Gruppierungen als terroristisch eingeschätzt: Ost-Turkestanische Befreiungsorganisation (ETLO), Ost-Turkestanische Islamische Bewegung (ETIM), Uigurischer Weltjugendkongress (WUYC), Ost-Turkestanisches Informationszentrum (ETIC). Bei ETIM gibt es Hinweise auf mögliche Terroraktivitäten. Die anderen sind gewaltfreie NGO und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Die USA hat ETIM nach dem 11. September 2001 auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt. Die Tätigkeit der Ost-Turkestanischen Organisationen sowie verdächtiger Personen im In- und Ausland werden durch die chinesischen Behörden aufmerksam beobachtet.

Chronik: Seit Jahren wird in der wirtschaftlich stetig wachsenden Region gezielt chinesische Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik betrieben. So sind in den letzten zehn Jahren mehr als 1,2 Mio. Han nach Xinjiang gezogen. Das tatsächliche Ausmass der (forcierten) Migration wird von China verschleiert, so werden bei Volkszählungen zahlreiche chinesische Angestellte in der Region nicht erfasst. Kultur, Religion und Sprache der UigurInnen werden – unter dem Vorwand der Bekämpfung von separatistischen und terroristischen Tendenzen – massiv unterdrückt. Seit den Ereignissen vom 11. September 2001 hat die Repression gegenüber (angeblichen) islamischen Terroristen noch zugenommen. Die durch den Staat geförderte Binnenmigration zahlreicher Han geht mit Landenteignung und weiterer Diskriminierung im Alltag von UigurInnen einher. Im Jahre 2004 wurde der Anschluss von 50 uigurischsprachigen Schulen an chinesische beschlossen. Die Umsetzung dieser Massnahme soll in den nächsten fünf Jahren stattfinden. Tausende uigurischer Lehrpersonen werden aufgrund mangelnder Chinesischkenntnisse ihre Stelle verlieren. Bereits heute werden uigurische Namen durch die Behörden abgewandelt. In offiziellen Dokumenten stehen die «chinesischen» Namen der UigurInnen.

Menschenrechtssituation: Seit den 1990er Jahren finden massive Menschenrechtsverletzungen durch den chinesischen Staat statt. Staatliche Repression und willkürliche Verhaftungen in der mehrheitlich



Quelle: maps-of-china.com

von muslimischer Bevölkerung bewohnten Region haben in den letzten Jahren noch zugenommen. Im Jahre 1996 startete der chinesische Staat die landesweite Repressionskampagne gegen die drei Übel «Terrorismus, Separatismus und religiösen Extremismus». Die Kampagne wurde im Mai 2005 offiziell wieder aufgenommen. Die Behörden machen bei Verhaftungen und Repression oft keinen Unterschied zwischen UigurInnen, die mittels friedlichen Aktivitäten die Unabhängigkeit unterstützen oder tatsächliche Gewaltakte durchführen. Religiöse Praktiken unterliegen strenger Kontrolle. Der Besuch einer Moschee kann zum Verlust des Arbeitsplatzes führen, das Ausführen einer religiösen Handlung reichen, um festgenommen und gefoltert zu werden. Die Unterweisung durch Imame bis zum 18. Altersjahr ist verboten. Auch im 2004 wurden zahlreiche Moscheen geschlossen und Imame verhaftet. Mehr als 50 Personen wurden 2004 wegen terroristischen Aktivitäten zum Tode verurteilt. Die genaue Anzahl der vollzogenen Hinrichtungen ist nicht bekannt. HRW spricht aber von mindestens 200 Tötungen seit 1997, die wegen «Verbrechen gegen die staatliche Sicherheit» durchgeführt wurden. Xinjiang ist die einzige Region Chinas, in der die Todesstrafe wegen politischen Vergehen regelmässig ausgesprochen wird. Wer Informationen zur Menschenrechtslage ins Ausland übermittelt, läuft Gefahr verhaftet und gefoltert zu werden. UNHCR ist der Ansicht dass bei politisch aktiven UigurInnen im Ausland bei einer Rückkehr erhebliches Gefährdungspotential vorliegt. Selbst die USA widersetzen sich im Frühjahr 2005 der von China geforderten Rückführung von 22 uigurischen Gefangenen auf Guantánamo mit Verweis auf drohende Folter oder Hinrichtung.

Autonome Region TIBET (TAR):

Fläche: 1'222'000 km²

Bevölkerung: 2,7 Mio.

Ethnische Gruppen: Offiziellen chinesischen Angaben zufolge leben in TAR mehr als 90% TibeterInnen, ca. 6 Prozent Han-ChinesInnen und weitere (Hui, Moinba, Lhoba, Naxi, Nu und Drung).

Religion: Buddhismus (TibeterInnen), weitere

Sprache: Tibetisch, Chinesisch

Rohstoffe: Holz, Wasser, Gold, Kupfer, Bauxit, Kohle.

Politik: Trotz dem offiziellen Status der Autonomie, regiert de facto die KP. Das geistliche und religiöse Oberhaupt der TibeterInnen ist der im Exil lebende Dalai Lama.

Chronik: China lancierte 1983 die «strike hard»-Kampagne. Vordergründig ein Instrument gegen Kriminalitätsbekämpfung, wurde in Tibet damit das Ziel verfolgt, politische Opposition im Keim zu ersticken. Willkürliche Verhaftungen,



Quelle: maps-of-china.com

Befragungen und Folter, der Verlust des Arbeitsplatzes oder der Ausschluss aus Klöstern waren an der Tagesordnung. Im November 2004 wurde die Kampagne offiziell wieder aufgenommen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Tibet wird mit staatlichen Förderungsgeldern vorangetrieben. Gleichzeitig findet auch hier eine Förderung chinesischer Binnenmigration statt. Das ist ein zentraler Teil der kulturellen Verdrängungs- und Assimilierungspolitik, der sich das tibetische Volk seit Jahrzehnten ausgesetzt sieht. An den höheren Schulen ist chinesisch die offizielle Sprache. Ohne genügende Chinesischkenntnisse sehen sich tibetische Jugendliche von weiterführenden Ausbildungs- und höheren Arbeitsplätzen ausgeschlossen. Obwohl Vertreter des Dalai Lamas im 2004 der Region einen offiziellen Besuch abstatten konnten und trotz der Entlassung weniger politischer Gefangener, wird der Zugang zu Information und die Einreise nach Tibet äusserst restriktiv gehandhabt. Gemäss verschiedener Experten ist Tibet zur Zeit stärker unter politischer, sozialer und wirtschaftlicher Kontrolle Chinas als je zuvor. Vor allem in ländlichen Regionen erhalten TibeterInnen oft keine chinesischen Ausweispapiere (Reisepässe) ausgestellt. Die Ausstellung von Pässen kann von den Behörden mit dem Hinweis darauf

verweigert werden, dass mit der Ausreise der betreffenden Person nationale Sicherheit und Interessen verletzt werden könnten.

Menschenrechtssituation: Tibetische Klöster unterliegen zum Teil hoher staatlicher Kontrolle: festgeschriebene Grösse des Klosters, Eintrittsalter erst ab 18 Jahren, pro-chinesische Haltung der Kloster-AnwärterInnen und ihrer Familien. Auch wenn offiziell gewisse religiöse Praktiken erlaubt sind, greift der Staat brutal ein, wenn (scheinbare) Anzeichen von Unabhängigkeitsbestrebungen da sind. Der Besitz von Bildern des Dalai Lamas, das Anbringen von Plakaten, die für die Unabhängigkeit Tibets stehen oder das Vortragen von Liedern mit politischem Inhalt reichen, um verhaftet, gefoltert und ohne oder nur nach geschlossenem Prozess jahrelang in Haft genommen zu werden. Eine Grosszahl tibetischer Gefangener wird im Gefängnis geschlagen und gefoltert. Im Oktober 2004 wurde ein tibetischer Mönch erschossen, nachdem er von der Polizei verlangt hatte, dass sie ihm für die in Haft erlittenen Verletzungen die notwendige Medizin bezahlen. Gemäss Amnesty International waren Ende 2004 weit über 100 politische Gefangene in Haft, die Grosszahl davon sind Mönche oder Nonnen.

Quellen: AI, 2004: People's Republic of China. Uighurs fleeing persecution as China wages its «war on terror». Human Rights Watch, 2005: China. U.N.Commission on Human Rights, 2005 : the worst of the worst. The world's most repressive societies. U.S.Department of State, 2005: China Country Report. www.ecoi.net, www.unhcr.ch.